

## Frauen sind im Südwesten seltener adipös

**FREIBURG (mm).** In Baden-Württemberg sind Frauen seltener adipös als im Vergleich zu anderen Bundesländern. Bei Männern sind nur geringe regionale Unterschiede zu erkennen, dagegen leben im Südwesten mit 16,4 Prozent deutlich weniger adipöse Frauen mit einem BMI von über 30. Nach Angaben der Techniker Krankenkasse leben in Thüringen und Sachsen mit 25,9 Prozent anteilig die meisten adipösen Frauen. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 21 Prozent.

Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich des Bildungsstands. So steigt beispielsweise der Anteil Normalgewichtiger von 33,5 Prozent bei Frauen mit Hauptschulabschluss auf 66 Prozent bei Hochschulabsolventinnen. Wie die Kasse in einer Umfrage zum Thema Ernährungsrisiken feststellte, liegt das nicht an mangelnder Information. Die Befragten ernährten sich wider besseres Wissen falsch, sagt TK-Ernährungsexpertin Nicole Battenfeld.

## Geburtenanstieg in Hamburg setzt sich 2007 fort

**HAMBURG (di).** In Hamburg steigen die Geburtenzahlen rasant. Im vergangenen Jahr wurden in den zwölf Geburtskliniken und im Geburtshaus der Hansestadt insgesamt 20 084 Kinder geboren, dies sind 850 mehr als im Vorjahr. Damit steigerte sich der Trend aus den Vorjahren noch. Seit 2002 (18 500) ist die Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr gestiegen.

Im Jahr 2007 lag die absolute Steigerung höher als zuvor in den vier Jahren zusammen (plus 814). Nicht bekannt ist, wie viele Mütter aus den angrenzenden Bundesländern in Hamburg entbinden.

Die größten Geburtskliniken in der Hansestadt sind die Asklepioskliniken Altona und Barmbek, gefolgt vom Marienkrankenhaus. Die Hamburger Gesundheitssenatorin Birgit Schnieber-Jastram führt den Anstieg unter anderem auch auf das gute Versorgungsangebot für Frühgeborene und kranke Neugeborene zurück.

## Kliniken fordern Sanierung in eigener Sache

**STUTTGART (mm).** Der Sanierungsbeitrag der Kliniken muss nach Ansicht der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWK) gestrichen werden. „Die politische Korrektur bei der Krankenhausvergütung ist überfällig“, fordert der Landesvorsitzende Franz Weber.

Der Sanierungsbeitrag wird den Kliniken seit 2007 in Höhe von 0,5 Prozent von jeder Rechnung abgezogen und soll der Konsolidierung der Finanzen der Krankenkassen dienen. Dies sei aufgrund der Überschüsse der Krankenkassen überflüssig, so Weber. Nicht die Kassen, sondern die Krankenhäuser müssten saniert werden.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hatte dieser Tage bereits für Kliniken bundesweit ein Milliardenloch für 2008 prognostiziert.

# Kohlekraftwerk besorgt Hamburger Ärzte

Geplantes Projekt stößt bei Ärzten in Hamburg-Wilhelmsburg auf Ablehnung / Betreiber verweist auf Umweltbilanz

**HAMBURG.** Der schwedische Energiekonzern Vattenfall plant in Hamburg-Moorburg das größte Steinkohlekraftwerk Deutschlands. Ärzte auf der Elbinsel warnen vor den gesundheitlichen Folgen – der Senat wirft ihnen „Panikmache“ vor.

VON DIRK SCHNACK

Es soll 1,7 Milliarden Euro kosten, 400 Tonnen Feinstaub pro Jahr in die Luft pusten und ist schon jetzt eines der umstrittensten Projekte in Hamburg: Das geplante Steinkohlekraftwerk in Moorburg. Die im Umkreis praktizierenden Ärzte aus Wilhelmsburg zählen zu den Kritikern des Vattenfall-Projektes.

**Vor den Wahlen ist bei Bürgern die Aufmerksamkeit erhöht**

„Wir werden uns weiter einbringen und über die gesundheitlichen Gefahren informieren. Aber wir werden uns nicht im Wahlkampf von Parteien vereinnahmen lassen“, sagte der Wilhelmsburger Arzt Dr. Klaus Harloff der „Ärzte Zeitung“ nach einer Informationsveranstaltung der Wilhelmsburger Ärzteschaft. Er will vermeiden, dass das Thema Gegenstand des Wahlkampfes zu Bürgerschaftswahl am 24. Februar wird. Die erhöhte Aufmerksamkeit bis dahin für das Thema aber wollen die Ärzte nutzen.

**Ärzte warnen vor zusätzlichem Risiko für die Gesundheit**

Die vom Verein verfasste Erklärung, in der der Bau des Steinkohlekraftwerkes abgelehnt wird, haben inzwischen rund 300 Bürger unterschrieben. Die Ärzte von der Elbinsel weisen darin auf die bei der Verbrennung von Steinkohle anfallenden gesundheitsschädigenden Abfallprodukte hin. Das in Moorburg geplante Werk hätte nach Angaben der Ärzte



Proteste gegen den „Klimakiller“: Das geplante Kohlekraftwerk in Moorburg ist in der Region umstritten.

Foto: dpa

einen Ausstoß von rund acht Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich zur Folge – dies wäre doppelt so viel wie der Kohlendioxid-Ausstoß des gesamten Hamburger Straßenverkehrs. Mit erhöhter Feinstaubkonzentration befürchten die Ärzte eine Zunahme von Patienten mit Herz-Kreislauferkrankungen, Lungenkarzinomen und eine allgemein erhöhte Sterblichkeit. Sie sprechen von einem „zusätzlichen, nicht kalkulierbaren Risiko für die Gesundheit.“

Hinzu kommt nach Ansicht der Ärzte, dass der kinderreiche Stadtteil Wilhelmsburg schon jetzt gesundheitsschädigenden Umweltfaktoren

wie Lärm, Verkehr und Luftbelastung besonders stark ausgesetzt ist. Hamburgs Umweltsenator Axel Gedaschko (CDU) hat wenig Verständnis für diese Warnungen. „Wir legen beim laufenden Genehmigungsverfahren härteste Maßstäbe an“, sagte der Senator. Er verwies auf Verhandlungen mit dem Energiekonzern über eine Unterschreitung von Grenzwerten.

Nach seiner Darstellung ist bezahlbare Energie ohne das Steinkohlekraftwerk kaum möglich: „Moorburg muss sein.“ Das Problem für die Gegner des Kraftwerkes: Wenn die Auflagen eingehalten werden, muss der Bauantrag auch genehmigt werden.

Mit den Vorbereitungen für den Bau ist in Moorburg bereits begonnen worden. Der Betreiber verweist auf eine Verbesserung der Umweltbilanz durch das Kraftwerk, weil damit Umwelt belastende Kraftwerke an anderen Standorten abgeschaltet werden könnten – unterm Strich könnte Moorburg nach Darstellung Vattenfalls zu einer Einsparung von 2,3 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr in Deutschland beitragen.

Ähnliche ärztliche Initiativen gegen Kohlekraftwerke gibt es auch an anderen Standorten, etwa in Mainz und im Saarland (die „Ärzte Zeitung“ berichtete).

## Hospizhelfer für todkranke Kinder

Kinderhospiz bei Bremen setzt auf Ausbildung und vernetzt die Palliativangebote

**BREMEN/SYKE (cben).** Das Kinderhospiz Löwenherz in Syke bei Bremen hat am Sonntag eine Stiftung gegründet. Seit Oktober 2007 bildet die Stiftung Hospizhelfer der regionalen, ambulanten Palliativdienste aus, um die ambulante Versorgung todkranker Kinder in Niedersachsen zu verbessern.

Das Kinderhospiz unterhält für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hospizvereinen aus Bremen und Niedersachsen ein entsprechendes Büro in der Hansestadt. „Die normalen Hospizdienste brauchen zusätzliches Know-how, um den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien gerecht zu werden“, sagte Gaby Letzing vom Vorstand des Kinderhospizes Löwenherz der „Ärzte Zeitung“.

Wie viele Kinder im Land betroffen seien, sei unklar. Es gebe zwar in Niedersachsen rund 8000 pflegebedürftige Kinder und in Oldenburg und Hannover je einen ambulanten Hospizdienst. „Aber ob alle betroffenen Kinder auch palliativmedizinisch betreut werden müssten, wissen wir nicht“, sagte Letzing.

In Bremen haben bisher 14 Hospizhelfer für Kinder die viermonatige Ausbildung abgeschlossen, hieß es. Sie arbeiten in den Hospizdiensten in Celle, Hildesheim oder Gifhorn. Außer der Ausbildungsmöglichkeit gründete das Kinderhospiz in Bremen einen eigenen ambulanten Hospizdienst. Im Kinderhospiz Löwen-



Hilfe in schweren Stunden: Kinder mit dem Maskottchen „Maximilian“ im Kinderhospiz Löwenherz in Syke bei Bremen.

Foto: cben

herz wurden im vergangenen Jahr 110 Kinder und ihre Familien stationär betreut, 50 von ihnen kamen aus Niedersachsen. Der Bedarf sei aber größer, nicht nur in Niedersachsen, sagte Letzing. Um aber eigene Stützpunkte speziell für die Kinderhospizarbeit im Land aufzubauen, sei die Patientenzahl zu gering, hieß es. „Deshalb wählen wir die Vernetzung mit schon bestehenden Palliativstrukturen“, sagte Letzing.

Am vergangenen Sonntag, dem Tag der Kinderhospizarbeit, hat das

Kinderhospiz die „Stiftung Kinderhospiz Löwenherz“ gegründet. Das Stiftungskapital beträgt etwa 800 000 Euro, erklärte Heiner Brock, der Sprecher des Hospizes. Die Stiftung sei notwendig geworden, um langfristig besser abgesichert zu sein. Brock: „Spenden müssen laut Finanzamt zeitnah ausgegeben werden, Stiftungsgelder können angelegt werden.“

Weitere Beiträge zur Arbeit von Kinderhospizen in anderen Regionen im Internet: [www.aerztezeitung.de](http://www.aerztezeitung.de)

## Präventionspreis in Brandenburg erstmals gestiftet

Alte Menschen im Fokus

**POTSDAM (ami).** Erstmals hat das Brandenburgische Gesundheitsministerium einen Brandenburgischen Gesundheits- und Präventionspreis ausgeschrieben.

Unter dem Motto „Gesund älter werden in Brandenburg“ werden Projekte prämiert, die die Gesundheit und Eigenständigkeit älterer Menschen fördern. Dafür stellt das Land Brandenburg insgesamt 10 000 Euro an Preisgeldern zur Verfügung.

„Wir wollen mit unserem Gesundheitspreis helfen, Beispielhaftes zu würdigen und bekannt zu machen“, sagte Gesundheitsministerin Dagmar Ziegler. Gefragt sind vor allem Maßnahmen, die Selbstständigkeit und Mobilität Älterer stärken, die körperliche und psychische Gesundheit durch gesunde Ernährung, Bewegung, Entspannung oder Stressbewältigung fördern, oder die geistige Aktivität im Alter unterstützen.

Bewerben können sich alle Anbieter solcher Maßnahmen in Brandenburg. Ausdrücklich zur Teilnahme aufgerufen sind unter anderen Arztpraxen, Ärztenetze, medizinische Versorgungszentren, Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 10. April.

Weitere Informationen: [www.masgf.brandenburg.de](http://www.masgf.brandenburg.de), Telefon: 0331/866 51 67, Fax: 0331/866 51 08